

ROTDRUCK

Schuldenbremse ist Sozialabbau

Das Zurückführen der Neuverschuldung ist nicht alternativlos. Wir zeigen, dass Zukunftsinvestitionen möglich sind mit konsequenter Umverteilung und angemessener Besteuerung. **Seite 3**



Gegen Hungerlöhne und Leiharbeit

Liebe Leserin, lieber Leser,

die schlimmen Ereignisse in Fukushima lassen die Politik momentan so erscheinen, als ob eine Abkehr von der bisherigen Politik von allen Parteien gewollt sei. Das scheint in der Energiepolitik der Fall zu sein, jedoch lassen sich bezahlbare Strompreise und eine politische Kontrolle über die Energieversorgung nur durch eine Vergesellschaftung der Stromkonzerne erreichen. In allen anderen Bereichen ist ein Wandel jedoch nicht erkennbar. Heute arbeitet fast ein Viertel der abhängig Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen in prekären Arbeitsverhältnissen: in Leiharbeit, in Minijobs oder angewiesen auf Ergänzung durch Hartz IV. Nur ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 10 Euro pro Stunde kann dieser Lohndrückerei ein Ende setzen. Die Spaltung unserer Gesellschaft in Reich und Arm wird weiter vorangetrieben. Die Erhöhung des Hartz IV-Regelsatzes um 5 Euro ist eine Verhöhnung der Betroffenen. Hartz IV muss weg und durch eine repressionsfreie Mindestsicherung ersetzt werden! Nachdem in den letzten 15 Jahren durch CDU, SPD, FDP und Grüne die Reichen immer mehr entlastet wurden und der Staat kaputtgespart wurde, wollen nun alle – außer der Partei DIE LINKE – die Schuldenbremse umsetzen.

Bärbel Beuermann
Ihre Bärbel Beuermann
Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW

Wolfgang Zimmermann
Ihr Wolfgang Zimmermann



Immer mehr Menschen in NRW werden nur noch hin- und hergeschoben. Sie wechseln zwischen Erwerbslosigkeit, so genannten 1-Euro-Jobs, schlecht oder gar nicht bezahlten Praktika, Mini- und Midijobs, Leiharbeit und befristeten Beschäftigungsverhältnissen. Dabei fehlt jede Perspektive auf ein sicheres Einkommen und ein geregelteres Leben.

Allein in NRW ist der Anteil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse in den vergangenen zehn Jahren von 71 % auf 63 % gesunken und über die Hälfte der Menschen waren nach den offiziellen Zahlen der Sozialberichterstattung der Landesregierung in den vergangenen zehn Jahren zumindest kurzfristig von Erwerbslosigkeit betroffen. Es kann also fast jeden treffen und das macht vielen Men-

schen Angst. Dadurch sind viele Menschen bereit, auch schlechtere Löhne zu akzeptieren, solange sie zumindest kurzfristig ihren Arbeitsplatz behalten können. So ist der Bruttorealloon der abhängig Beschäftigten in den vergangenen zehn Jahren um 4 % gefallen. Obwohl es abgesehen vom Krisenjahr 2008 jedes Jahr wirtschaftliches Wachstum gab, haben die Beschäftigten und auch die er-» Weiter auf Seite 2

Abzug deutscher (NRW-)PolizistInnen aus Afghanistan

Seit dem Jahr 2002 sind über 1.000 Polizeivollzugsbeamte des Bundes und der Länder im freiwilligen Einsatz in Afghanistan. Nordrhein-Westfalen stellt dabei – mit derzeit 28 von 197 PolizistInnen – über 14 % des gesamten in Afghanistan im Einsatz befindlichen deutschen Personals. Sie bauen dort keine Brunnen und Schulen, sondern bilden die afghanische Polizei aus.

Die afghanische Polizei ist aber hochkorrupt, regelmäßig laufen Polizisten mitsamt ihren Waffen zu Warlords, Taliban und Drogenbossen über und werden selber zum Teil des Sicherheitsproblems. Die Bevölkerung selbst nimmt die afghanischen Polizisten zunehmend als Sicherheitsbedrohung wahr. Nur der Abzug der Besatzungstruppen und damit auch der Polizei kann die Voraussetzung für

eine Verbesserung der Sicherheitslage und ein selbstbestimmtes Leben der Afghaninnen und Afghanen sein. Aus diesem Grund stellte die Fraktion DIE LINKE im Landtag einen entsprechenden Antrag (Drucksache 15/846) auf Abzug der NRW Polizeibeamten aus Afghanistan. Damit wurde auch den Forderungen der Gewerkschaft der Polizei NRW gefolgt. CDU, FDP, SPD und Grüne haben in der ersten Lesung ihre ablehnende Haltung signalisiert. Am 09.06.2011 findet ein Expertengespräch im Innenausschuss statt.





Gratispraktika in NRW-Ministerien

Die Praktikantinnen und Praktikanten in den Ministerien in NRW arbeiten unbezahlt. Das war unter der alten Landesregierung so und wird auch unter der aktuellen Regierung weiter so sein. Einen Antrag der LINKEN auf bezahlte Praktika in den NRW-Ministerien lehnten Mitte April alle anderen Parteien im Landtag ab. Dabei hatte der Arbeitsminister und ehemalige DGB-Vorsitzende, Guntram Schneider, noch im Wahlkampf versprochen, für alle Praktikantinnen und Praktikanten eine Mindestvergütung durchzusetzen.

Kein Geld für Frauenhäuser, Beratungsstellen und Notruftelefone

Mehr Geld für Frauenhäuser: abgelehnt! Mehr Geld für Beratungsstellen: abgelehnt! Mehr Geld für Notruftelefone: abgelehnt! Was immer DIE LINKE im Haushalt zur Unterstützung von Fraueninitiativen forderte, Rot-Grün stimmt dagegen. Im Wahlkampf sprachen die jetzigen Regierungsparteien großspurig von Emanzipation und Gleichstellung. Taten sind keine gefolgt. Für die Belange der Frauen setzt sich konsequent nur DIE LINKE ein – innerhalb und außerhalb des Landtags.

Grüne: Von wegen Ökopartei

Gemeinsam mit SPD und den Atomparteien CDU und FDP haben die Grünen den Antrag der Fraktion DIE LINKE abgelehnt, alle Gebäude in Landesbesitz zu 100 % mit Ökostrom zu versorgen. Der Grund: Die Regierung will die Verträge mit den Stromversorgern nicht kündigen. Also bleibt mindestens für die nächsten zwei Jahre alles beim Alten und ein Viertel des Stroms in den öffentlichen Gebäuden NRWs kommt weiter aus Atomkraftwerken.

» Weiter von Seite 1

werbslosen Menschen heute weniger Geld im Portmonee. Schlechte Arbeitsbedingungen und Niedriglöhne gibt es nicht nur in der Privatwirtschaft. Ob die angestellten Lehrerinnen und Lehrer, die Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten oder die Pflegekräfte in den Krankenhäusern: Viele Menschen im öffentlichen Dienst leiden unter ihrer Arbeitssituation. Beispielsweise das KiBiz (Kinderbildungsgesetz) zeigt, wie Landespolitik direkt zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vieler Menschen beigetragen hat.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich konsequent der ständigen Verschlechterung der Arbeits- und Lebensverhältnisse entgegenstellt. In dem einen Jahr, in dem die Partei mit einer Fraktion im Landtag sitzt, hat sie sich mit aller Kraft für einen Politikwechsel eingesetzt. So hat sie beispielsweise beantragt, dass bei öffentlichen Aufträgen ein Mindestlohn in Höhe von 10 Euro garantiert, die Leiharbeit im Bau- und Lie-

Nach Einführung des KiBiz 2008 haben sich die Arbeitsbedingungen in den Kitas massiv verschlechtert. Die Beschäftigten müssen zahlreiche neue Aufgaben erfüllen, gleichzeitig gibt es viel zu wenig Personal.

Der Krankenstand ist sprunghaft angestiegen: Stress und Arbeitsbelastungen bringen die MitarbeiterInnen an Ihre Grenzen und darüber hinaus. Die GEW klagt: Rund 30 % aller BerufsanfängerInnen kehren den Kindertagesstätten den Rücken – zu schlecht

sind die Arbeitsbedingungen zwischen unfreiwilliger Teilzeit und ständiger Befristung! Das verschlimmert die Personalnot noch, denn die dringend benötigten Fachkräfte bleiben aus.

Das Grundproblem: Die Landesförderung zur Finanzierung der Kindertagesstätten ist viel zu gering. Durch verschiedene Rechen-tricks werden den Kolleginnen und Kollegen seit 2008 rund 316 Millionen Euro vorenthalten – Geld, das ihnen für ihre wichtige und anspruchsvolle Arbeit zusteht!



genschaftsbetrieb NRW (BLB) und dem Essener Uniklinikum beendet wird und die bislang unbezahlten Praktika in den Landesministerien in NRW endlich vergütet werden. Wirkliche Veränderungen sind aber nicht durch Anträ-

ge und Initiativen im Parlament zu erreichen. Deshalb unterstützt DIE LINKE aktive Menschen, die sich selber gegen die Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen einsetzen. Ob in Arbeitsgerichtsverfahren wie

z. B. bei den Beschäftigten der Firma Klüh oder auf der Straße, wie z.B. im Tarifstreik des öffentlichen Dienstes – die Fraktion stand und steht solidarisch an der Seite der Beschäftigten und Erwerbslosen.



Protest gegen Abschiebungen vom Flughafen Düsseldorf

Anfang April wurden mit zwei groß angelegten Sammelabschiebungen mehrere Dutzend Sinti und Roma aus ganz NRW zwangsweise nach Serbien ausgeflogen. Am Düsseldorfer Flughafen, von dem aus die Charterflüge starteten, demonstrierten jedes Mal lautstark AntirassistenInnen, darunter die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE

LINKE.NRW Anna Conrads, der migrations- und friedenspolitische Sprecher Ali Atalan und Agit Boztemur von der Linksjugend [solid]. Ali Atalan erklärte: »Die Verhältnisse, unter denen Sinti und Roma bei ihrer Rückführung in den Kosovo zu leiden haben, sind menschenunwürdig. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an unseren Antrag »Sinti

und Roma als Opfergruppe anerkennen – Kontingentregelung schaffen.« Wir fordern ausdrücklich die Umsetzung einer humanen Bleiberechtsregelung, die der historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber den Sinti und Roma, die während der NS-Zeit ebenfalls massenhaft Opfer des Holocaust wurden, gerecht wird.«

Schuldenbremse ist Sozialabbau

Alle großen Medien hämmern uns tagtäglich in den Kopf: Das Zurückführen der Neuverschuldung des Bundes und der Länder bis zum Jahr 2020 auf Null sei alternativlos. Wer sich diesem Plan verweigere, sei verantwortungslos und lebe auf Kosten unserer Kinder und Kindeskinde.

Mittlerweile haben die Altparteien SPD, CDU, FDP und Grüne dieses Gebot ins Grundgesetz geschrieben, obwohl die öffentlichen Haushalte chronisch unterfinanziert sind. Verantwortlich für diese Unterfinanzierung sind die Steuergeschenke der Regierungen Schröder und Merkel an die großen Konzerne und Superreichen. Ohne diese Umverteilung hätte beispielsweise NRW aktuell kein Haushaltsdefizit.

Leidtragende sind alle diejenigen, die auf öffentliche Dienstleistungen, Bildung und Zukunftsinvestitionen angewiesen sind. Mit der Schulden-

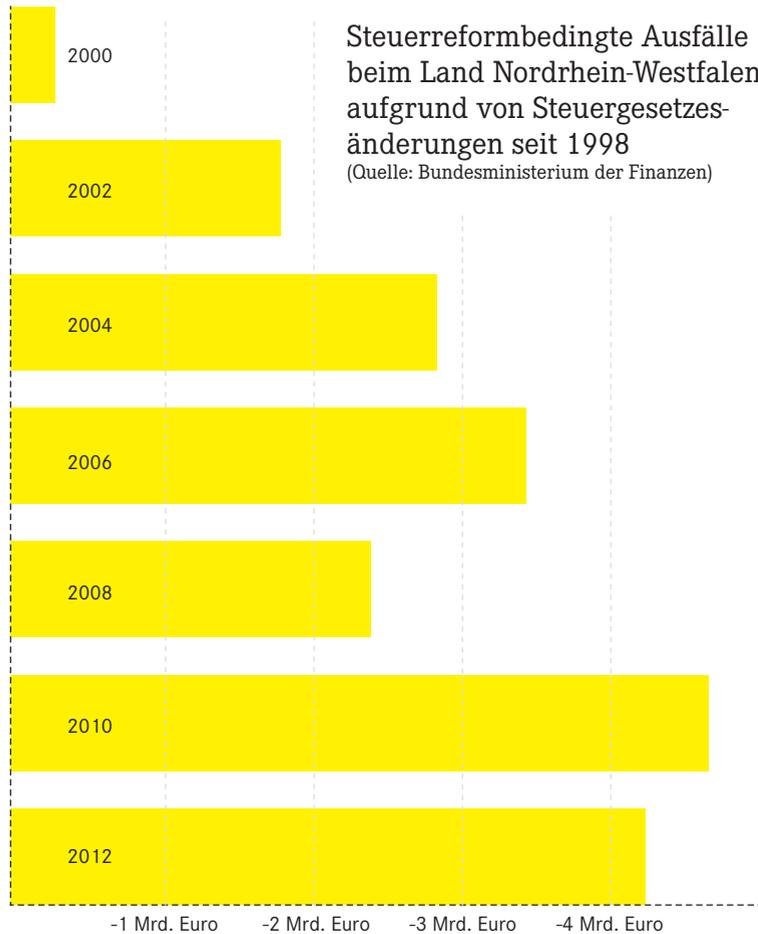
Nur wir LINKEN widersetzen uns dieser Kahlschlagpolitik. Wir fordern die Landesregierung auf, gegen die Schuldenbremse und die strukturelle Unterfinanzierung der Länder vor dem Bundesverfassungsgericht zu klagen. Wir werden uns dem Regelwerk, das nur den Profiten dient, konsequent widersetzen – gestützt auf die Mobilisierung der Betroffenen.

Das Urteil des Landesverfassungsgerichtshofs gegen den Nachtrags Haushalt 2010 ist ein Skandal. Die Richter maßen sich an, an Stelle des gewählten Parlaments zu entscheiden, ob in Bildung oder Soziales investiert werden darf oder nicht. Obwohl NRW kaum eine Möglichkeit hat, die Einnahmen zu erhöhen – dies kann nur der Bund – schreiben die Richter dem Parlament vor, welche Ausgaben erlaubt sind und welche nicht.

Wir LINKE verteidigen das in der Landesverfassung verbriefte Recht des Parlaments, in die Zukunft des Lan-

Steuerreformbedingte Ausfälle beim Land Nordrhein-Westfalen aufgrund von Steuergesetzesänderungen seit 1998

(Quelle: Bundesministerium der Finanzen)



bremse haben die prokapitalistischen Parteien ein Regelwerk geschaffen, das alle Regierungen unabhängig vom Wählerwillen verpflichtet, Arbeitsplätze abzubauen und öffentliches Eigentum an Heuschrecken zu verschleudern. Damit haben die Wählerinnen und Wähler nichts mehr zu entscheiden. Nach dem Sozialstaat geht auch die Demokratie vor die Hunde.

des – seien es unsere Kinder oder unsere Infrastruktur – zu investieren. In unserem steuerpolitischen Programm zeigen wir, dass Zukunftsinvestitionen finanzierbar sind. Würden die Konzerne, Vermögenden und Spitzenverdiener sowie der Finanz- und Spekulationssektor angemessen besteuert, könnten Bund, Länder und Gemeinden bis zu 180 Milliarden Euro pro Jahr mehr einnehmen.

Fraktion vor Ort

Opposition innerhalb und außerhalb des Landtags – mit diesem Anspruch ist DIE LINKE zu den Wahlen im letzten Jahr angetreten. Und tatsächlich sind die Büros der Abgeordneten oft verwaist, weil diese außerhalb des Parlaments unterwegs sind – dort, wo Protest geübt wird, wo sich die Menschen artikulieren, die von der Politik im Landtag betroffen sind.

15.9.2010, Düsseldorf



Ali Atalan (3. v. r.) und Rüdiger Sagel (2. v. r.) veranstalten einen Weißwasch-Tag für die Banker der WestLB, die sich auf Kosten der Steuerzahler bereichern.

18.1.2011, Düsseldorf



Die Abgeordneten der Fraktion unterstützen tatkräftig die Mobilisierung zu den Protesten gegen den Nazi-Aufmarsch in Dresden im Februar dieses Jahres und nehmen an den Blockaden vor Ort teil. Im Bild: Bärbel Beuermann und Wolfgang Zimmermann.

1.3.2011, Düsseldorf



Am 1. März unterstützen die Abgeordneten die Demonstration der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes, um bei den Tarifverhandlungen Druck zu machen (2. v. r.: Anna Conrads).

21.3.2011, Düsseldorf



Die Fraktionsvorsitzende Bärbel Beuermann (links) solidarisiert sich mit den Streikaktionen der unterbezahlten Hebammen im März.

26.3.2011, Köln



Auch an den bundesweiten Massendemonstrationen gegen die Nutzung der Kernenergie Ende März beteiligt sich die Fraktion, im Bild Ali Atalan, Hamide Akbayir (2. v. r.) sowie Michael Aggelidis (links).

»Die Atomriesen E.ON und RWE müssen entmachtet werden!«



Seit der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima geben sich plötzlich alle Parteien höchst atomkritisch. Doch die Parolen sind meist flach und durchschaubar. Was kann und muss wirklich getan werden, um endlich und endgültig aus der Nutzung der tödlichen Atomenergie auszusteigen? Darüber sprach »Rotdruck« mit Michael Aggelidis, dem Sprecher für Wirtschaft, Energie und Technologie der Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW.

Die LINKE will als einzige Partei die sofortige Abschaltung aller Atomkraftwerke. Gehen dann nicht die Lichter in Deutschland aus?

Nein, das ist nur die Angstmacherei der Atomlobby. In Wirklichkeit ist Deutschland Stromexportland. Etwaige Deckungslücken können kurzfristig durch Importe ausgeglichen werden. Außerdem begrüße ich ausdrücklich die Erhöhung des Drucks, schnellstmöglich auf 100 % erneuerbare Energien umzusteuern. Sofortiger Ausstieg bedeutet aber auch, dass die Landesregierung die Genehmigung für die Urananreicherungsanlage in Gronau als Teil der atomaren Brennstoffkette zurücknehmen und alle Atom-müll-Transporte nach Ahaus stoppen muss. SPD und Grü-

ne in NRW zeigen stattdessen mit dem Finger auf Merkel und stehen sich aus der eigenen Verantwortung.

Brauchen wir dann für den Übergang neue Kohle- oder Gaskraftwerke?

Die Kohleverstromung ist mit den unabdingbaren Klimaschutzzielen unvereinbar. Ich bin gegen den Bau neuer CO₂-Schleudern. Ich bin auch dagegen, Atom- oder Kohlestrom zu importieren. Wir LINKEN sind allenfalls offen, darüber zu diskutieren, ob für eine kurze Übergangszeit Gaskraftwerke als Brückentechnologie genutzt werden können. Vor allem aber muss sehr viel mehr als bisher in die erneuerbaren Energien und in das Energiesparen investiert werden. Beim Energiesparen kommt es auf die richtigen

Anreize an: Jeder sollte eine bedarfsdeckende Menge Energie kostenlos erhalten. Der Mehrbedarf – also jede Energieverschwendung – sollte mit hohen und stark progressiven Gebühren belastet werden.

Herr Aggelidis, sehen Sie denn gar keine Probleme bei den erneuerbaren Energien?

Natürlich gibt es da auch Probleme. Die Windkraft muss zukünftig – auch in NRW – eine herausragende Rolle spielen, dafür braucht man aber genügend Flächen. Der Strom sollte da produziert werden, wo er auch verbraucht wird. Statt der Fokussierung auf große Offshore-Anlagen wollen wir LINKEN eine möglichst dezentrale Energieproduktion.

Wie wollen Sie die Energiekonzerne überzeugen, auf 100 % erneuerbare Energien umzustellen?

Unsere Landesverfassung gebietet in Artikel 27 die Vergesellschaftung monopolartiger Machtzusammenballung. Die vier Energieriesen, bei uns RWE und E.ON, denken nur an Maximalprofit, verlangen Monopolpreise und missbrauchen ihre Macht. Sie führen die Politik am Gängelband. Verbrecherische Lügen wie über die ausreichende Sicherheit von Atomkraftwerken müssen mit der Entmachtung der Verantwortlichen beantwortet werden. Wir fordern die Überführung des Hochspannungsnetzes der RWE-Tochter Amprion in Landeseigentum. Wir sind für die Vergesellschaftung, Rekommunalisierung und Demokra-

tisierung der gesamten Energiewirtschaft. Dies gilt für die Netze wie für die Produktion.

Warum profitieren nicht die LINKEN, sondern die Grünen vom Thema Atomausstieg?

Weil die Grünen ursprünglich aus der Anti-AKW-Bewegung hervorgegangen sind. Weder sie noch die SPD legen sich mit den Konzernherren an. Sie hatten unter Schröder einen über Jahrzehnte gestreckten »Ausstieg« ausgehandelt. Sie wollen heute nur die Rücknahme der Laufzeitverlängerung. Die Menschen werden sehen: Nur wir LINKEN stehen für den konsequenten sozialen und ökologischen Umbau der Industriegesellschaft. Ökologisch verantwortliches Handeln und kapitalistische Profitmacherei sind unvereinbar.



Christina Diersch/veitforbrowe

Ja, ich will mehr Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon/Mobil

E-Mail

Geburtsdatum

Unterschrift

Bitte ausgefüllt per Post an: Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf Oder E-Mail an: judith.demba@landtag.nrw.de

Skandalbetrieb BLB – ArbeitnehmerInnen sind keine Sachen!

Wie DIE LINKE Fraktion im Landtag NRW herausgefunden hat, wurden im landeseigenen Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) reguläre Stellen gestrichen und durch Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter ersetzt. Wir fordern eine sofortige Umwandlung dieser Stellen in sichere, unbefristete Arbeitsverhältnisse!

Da die Löhne aus Leiharbeitsverträgen nicht als Personalkosten, sondern als Sachkosten geführt werden, sind



die Personalkosten beim BLB seit 2006 offiziell um gut 12 % gesunken. Zugleich sind aber die gesamten Aufwendungen für Personal, also inklusive Leiharbeit, um 45 % gestiegen. Dieses Geld geht keineswegs an die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, sondern im Wesentlichen an die Vermittlungsagenturen und Leiharbeitsfirmen. Die

Fraktion DIE LINKE hat daher einen Antrag eingebracht, um die Leiharbeit im BLB sofort zu beenden und die Stellen in feste Planstellen umzuwandeln. Für DIE LINKE steht fest: Leiharbeit ist moderne Sklaverei und muss verboten werden. Menschen dürfen nicht verliehen und als Sachkosten ausgewiesen werden!

IMPRESSUM
Herausgeber: Fraktion DIE LINKE im Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Telefon 0211/8844602
Telefax 0211/8843700
florian.kaiser@landtag.nrw.de
V.i.S.d.P.: Florian Kaiser

Auflage: 100.000
Gestaltung: Mediendepot Ruhr, Duisburg
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Berlin